

Lukas Maximilian Hirtz
Sprecher DIE LINKE. Duisburg
LukasHirtz@web.de
Mobil: 0176 960 506 11

LINKE: Husemann-Tragödie beenden!

Vorwürfe gegen Oberbürgermeister und Vermieter

„Erst bedurfte es einer Kundgebung, dass der Oberbürgermeister nach 8 Tagen mit Vertreterinnen der Betroffenen der Räumung von der Husemannstraße redete.“, erklärt Lukas Hirtz, Sprecher der LINKEn, „An diesem Tag hat Herr Link den Betroffenen große Hoffnungen gemacht: Über Nacht hatte die Stadt 600 Wohnungen gefunden. Die sind nun aber über das Wochenende scheinbar verschwunden. Das Hotel, das die Betroffenen nach der Kundgebung vermittelt bekamen, müssen sie nun wiederum selbst bezahlen. Und nun stehen sie wieder dort, wo am 14.2. standen: Einige Betroffene stehen heute Nacht akut vor der Obdachlosigkeit! Die Betroffenen haben die Aussage der Vermittlungsstelle der Stadt, es gäbe keine Wohnungen für sie, zumindest nicht in Homberg. Und auch in anderen Stadtteilen gestaltet sich die Unterbringung sehr schwierig. Es ist das Gleiche bekamen auch die Bewohner der Ottostr. 54-56 dort zu hören, da es in Duisburg immer weniger günstigen Wohnraum gibt. Deshalb sollte auch von den Leerzugsplänen der Ottostr. abgesehen werden und im Gegenteil sollte diese für die Betroffenen der Husemannstraße geöffnet werden“

Acht Tage nach der Räumung der Häuser Husemannstr 1 und 3 hatten Betroffene vor dem Rathaus eine Kundgebung angemeldet. Hier erschienen Sören Link und Sozialdezernent Thomas Krützberg und versprachen den Betroffenen Hilfe. Gleichzeitig verwiesen sie auf die Verantwortung des Vermieters.

„Hier bieten wir Herrn Link ausdrücklich unsere Unterstützung an: Die Immobilienhaie, die die Häuser der Husemannstraße nicht gepflegt haben müssen schnellstens zu Verantwortung gezogen werden. Dieses Hick-Hack zwischen Stadt und Vermieter ist jedoch für die Betroffenen nicht zu verstehen. Das Beispiel zeigt, dass wir die Immobilienkonzerne zurückdrängen müssen. Wir brauchen eine Offensive für kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Nur dann kann es genug guten Wohnraum auch für Leute mit geringerem Einkommen geben. Das ist dringend notwendig, denn Wohnen ist Menschenrecht.“